

Der 'Prager Frühling'. Das internationale Krisenjahr 1968

Veranstalter: Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien-Klagenfurt (BIK); Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin; Diplomatische Akademie Wien; Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Datum, Ort: 20.08.2008–22.08.2008, Wien / Graz

Bericht von: Peter Ruggenthaler, Silke Stern, Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung;

Zum 40. Jahrestag des Einmarsches von Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei luden das Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien-Klagenfurt (BIK), das Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin, die Diplomatische Akademie Wien und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu einer internationalen Konferenz nach Wien und Graz.

Über 60 Referenten aus 20 Ländern folgten der Einladung zur dreitägigen Konferenz, die den Abschluss des vom Leiter des Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner, initiierten zweijährigen, vom österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung geförderten, internationalen Forschungsprojektes bildete, an dem über 80 Historiker von mehr als 30 Forschungsinstitutionen aus Europa, Russland und den USA mitwirkten.¹ Als Resultat des Projektes wurde im Frühsommer 2008 das zweibändige Werk (2900 Seiten) „Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968“ vorgestellt.² Trägerinstitutionen des Projektes waren, neben dem BIK, das Staatsarchiv für Zeitgeschichte der Russischen Föderation (RGANI, eh. Archiv des ZK der KPdSU), die Russische Akademie der Wissenschaften, das Center Austria der University New Orleans, das Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und das Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin.

Eröffnet wurde die dreitägige Konferenz in Wien durch die österreichische Außenministerin, Ursula Plassnik. Sie verwies dabei auf die Ereignisse in Georgien und appellierte,

ausgehend von den Ereignissen in Prag 1968 an Moskau, eine Außenpolitik zu verfolgen, vor der man sich nicht fürchten müsse. Den Festvortrag hielt JAN PAUER (Universität Bremen),³ der unterstrich, dass es sich in der Tschechoslowakei 1968 – im Gegensatz zu anderen Aufständen gegen den Kommunismus im „Ostblock“ – um einen Reformversuch von oben gehandelt habe. Die Reformpolitiker agierten im Hinblick auf die UdSSR und in ihren Bemühungen, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, teilweise naiv, teilweise auf der Basis ihres Selbstverständnisses zum Sozialismus. Die Tschechoslowakei war das einzige Land in Mitteleuropa, so Pauer, in dem die Kommunisten nach 1945 in demokratischen Wahlen die relative Mehrheit erreichten. Letztendlich ließ es Moskau aber auch 1968 nicht zu, vom sowjetischen Weg abzuweichen und beendete den Reformprozess, der von der tschechoslowakischen Bevölkerung mitgetragen und forciert worden war, gewaltsam.

Im ersten Panel, das dem internationalen Kontext gewidmet war, legten die Referenten auf der Basis ihrer auf neuen Quellen beruhenden Studien die Situation der Großmächte 1968 dar. GÜNTER BISCHOF (University of New Orleans) zeigte, dass 1968 für die USA generell ein nationales Krisenjahr war: die breite Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg, die Morde an Martin Luther King und Robert F. Kennedy, die landesweiten Ausschreitungen und Rassenspannungen oder die bürgerkriegsähnlichen Zustände beim Konvent der Demokratischen Partei in Chicago. US-Präsident Johnson ließ die Warnungen der CIA allerdings außer Acht

¹ Zwischenkonferenzen zur Bestandsaufnahme und zum Zwecke des gegenseitigen wissenschaftlichen Austausches fanden im Mai 2007 in Moskau und im April 2008 in New Orleans (www.centeraustria.org) statt. Die Konferenz in Wien und Graz wurde von folgenden Institutionen finanziell gefördert: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien; Stadt Graz; Land Steiermark; Land Kärnten; Gerda Henkel Stiftung; Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; Hornig Kaffee; Universität Graz.

² Stefan Karner / Natalja Tomilina / Alexander Tschubarjan u.a. (Hrsg.), Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Zwei Bände. Köln-Weimar-Wien 2008.

³ Jan Pauer, Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung. Bremen 1995.

und sagte zunächst nicht die für den Tag der Invasion angesetzte Pressekonferenz ab, auf der er seine Reise zum Gipfeltreffen mit Leonid Brežnev in Leningrad verkünden wollte. Der Einmarsch in die Tschechoslowakei setzte der Entspannungspolitik zwischen Ost und West dennoch kein Ende. Jalta, so Bischof, war gütig und bedurfte keiner besonderen Hervorhebung. Dies stelle auch die Diskussion in Frage, ob Washington dem Kreml „grünes Licht“ zum Einmarsch gegeben habe. Bischof verwies darauf, dass sich nie Quellen finden lassen werden, die dies explizit belegen würden. Seiner Meinung nach bedurfte es aber auch keiner Absprache, denn die abgesteckten Sicherheits- und Einflussphären wurden 1968 von keiner Seite in Frage gestellt. Man habe Kalte-Kriegs-Realpolitik betrieben. MICHAEL PROZUMENŠČIKOV, (Russisches Staatsarchiv für Zeitgeschichte) hielt in seinem Beitrag fest, dass man im Politbüro zumindest mit Zufriedenheit die Wortwahl des US-Staatssekretärs Dean Rusk Mitte Juli 1968 vernommen hätte, wonach die USA nicht interessiert seien, in die Angelegenheit hineingezogen zu werden. Unmittelbar danach begann man im Kreml mit der Vorbereitung des Einmarsches. Entgegen bisheriger Behauptungen wurde der Einmarsch nicht erst wenige Tage vor dem 20. August gefällt, sondern einen Monat zuvor beschlossen.

GEORGES-HENRI SOUTOU (Sorbonne Paris) beschrieb in seinem Vortrag die Bemühungen des französischen Präsidenten Charles de Gaulles, mit Moskau einen Modus vivendi zu finden. Auch wenn man die Freiheitsbestrebungen in Osteuropa unterstützte, war das Motiv für eine Entspannungspolitik mit der Sowjetunion die latente Furcht vor einem wieder erstarkenden Deutschland. De Gaulles Wunsch war die Schaffung eines neuen europäischen Sicherheitssystems, durchaus mit dem Ziel der Überwindung der Spaltung Europas. Hierzu müsste Frankreich die führende Macht Westeuropas werden und gemeinsam mit der Sowjetunion Deutschland „kontrollieren“. Paris war gewillt, ein neues europäisches Sicherheitssystem gegebenenfalls auch ohne die USA zu schaffen, was sich letztlich auch mit der sowjetischen Auffassung traf. Dies wiederum unterstreicht umso deutlicher die Bemühungen Washing-

tons, die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ zur Stärkung der NATO und letztendlich zur Festigung der US-Position in Europa zu nutzen, auch entgegen vieler Stimmen in Washington, die verstärkt ein weniger starkes Engagement in Europa gefordert hatten.

Panel 2 bis Panel 7 waren als Diskussionspanels konzipiert. Je ein bis zwei Referenten hielten kurze Vorträge, anschließend wurde dem Publikum die Möglichkeit geboten, sich an der Diskussion zu beteiligen. Panel 2 war der Entstehungsgeschichte des „Prager Frühlings“ gewidmet. OLDŘICH TŮMA (Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften Prag) gab einen Überblick über die Dubček-Ära, die im Jänner 1968 mit dem Sturz A. Novotnýs begonnen hatte, was den eigentlichen Beginn des „Prager Frühlings“ markierte. Moskau hatte den Wechsel der Führungsspitze hingenommen, Brežnev letztendlich auch nicht ohne Genugtuung, hatte doch Novotný einst den Sturz Nikita Chruščevs kritisiert und sich geweigert, der Forderung Brežnevs nachzukommen, die Stationierung sowjetischer Divisionen in der ČSSR zuzulassen.

Panel 3 widmete sich dem Einfluss der „Bruderländer“ auf die gewaltsame Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch den Warschauer Pakt. MANFRED WILKE (Berlin) hob hervor, dass der Einfluss der „Bruderparteien“ auf den Entscheidungsprozess noch stärker war als bisher angenommen. SED-Chef Walter Ulbricht sprach als erster von einer „Konterrevolution“ in Prag (im März 1968), unterstützt wurde er hierbei wesentlich von seinem bulgarischen Genossen Todor Živkov und Władysław Gomułka in Warschau. Ulbricht und Živkov sahen auch innerhalb der KPČ-Führung ein „zweites Zentrum“, später sogar ein drittes, jüdisches, ganz in der Sprache der Alt-Stalinisten. Alle drei, so OLGA PAVLENKO (Moskau) in der Diskussion, wurden zum Katalysator von außen im Entscheidungsprozess im Kreml. Der ungarische KP-Chef Janos Kádár, so CSABA BÉKÉS (Cold War History Research Center Budapest), nahm eine Sonderrolle ein. Kádár selbst hatte sein Land zwölf Jahre zuvor nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes wieder auf Moskau treuen Kurs gebracht. Unter den „Brüdern“ war er der letzte, der ei-

ne Wiederholung des Szenarios als erste Lösungsoption befürwortete, trug letztendlich allerdings den Entscheid Moskaus zur Intervention bedingungslos mit. All seine Vermittlungsversuche waren fehl geschlagen.

Ulbricht, dem teilweise bis heute zugeschrieben wird, sich sensibel gegenüber der Tschechoslowakei verhalten, klug entschieden und nicht Soldaten in die ČSSR geschickt zu haben, pochte, so Wilke und Prozumenščíkov übereinstimmend, von Beginn an auf den Abbruch des Reformprozesses in Prag. Nunmehr, so RÜDIGER WENZKE (Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam), sei auch klar, dass die Entscheidung des Nicht-Einmarsches der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR (ihr Einmarsch in die ČSSR wurde im letzten Moment abgesagt) in Moskau auf Ersuchen der zu Moskau treuen Kommunisten in Prag gefällt wurde. Die deutschen Genossen, so Wilke unter Bezugnahme auf eine Brežnev-Bemerkung, die sich im Dokumentenband erstmals findet, seien darüber auch verbittert gewesen.

Gegenstand einer ausführlichen Diskussion waren Rumänien, 1968 noch Mitglied des Warschauer Paktes, und das blockfreie Jugoslawien. Sowohl Tito als auch Ceaușescu hatten als offenes Zeichen ihrer Unterstützung des Reformkurses der Prager Führung Dubček noch wenige Tage vor der Invasion Staatsbesuche abgestattet. Aus heutiger Sicht scheint klar, dass die Angst in Bezug auf einen Durch- oder Weitermarsch der Truppen auf den Balkan unbegründet war.

Am Abend des zweiten Konferenztages lud der Landeshauptmann der Steiermark, Franz Voves, zu einem Empfang in das Palais Attems. Der letzte Tag begann mit einem Panel über die Rolle der Geheimdienste 1968. Der KGB-Experte NIKITA PETROV (Memorial Moskau) gab im einleitenden Referat einen Überblick über die Änderungen des politischen Kurses in der UdSSR in der Zeit von 1965 bis 1967, als die Kontrolle über die Bevölkerung wieder strenger und die Repressionen gegenüber Andersdenkenden intensiviert wurden. Eine wichtige Rolle in diesen Prozessen spielte der KGB, dessen politischer Einfluss und politisches Gewicht nach der Absetzung von Vladimir Semičastnyj vom Posten des KGB-Vorsitzenden und der Einset-

zung Jurij Andropovs im Mai 1967 deutlich stärker wurden. Im KGB wurden strukturelle Veränderungen durchgeführt, die auf seine Umwandlung in ein zuverlässiges Instrument der KPdSU zur Kontrolle über die Öffentlichkeit und den Kampf gegen die „ideologische Diversion“ ausgerichtet waren. Seit Mitte der 1960er-Jahre wurden wiederum sogenannte „aktive Maßnahmen“ gesetzt und der Aktionsradius des KGB wurde wesentlich erweitert. Der offensive Charakter der Aktionen des KGB im Ausland grenzte oft an Provokation. Andropov, 1956 sowjetischer Botschafter in Ungarn und hautnah am Geschehen, war, so Petrov, eine treibende Kraft zur gewaltsamen Niederschlagung des „Prager Frühlings“. DONALD P. STEURY (CIA Center for the Study of Intelligence Washington) erläuterte auf Basis jüngst frei gegebener CIA-Memoranden zu 1968, wie präzise die CIA-Analysten die Situation in der Tschechoslowakei gegenüber Präsident Johnson dargelegt hätten. Im Mai 1968 sei der CIA klar gewesen, dass der Warschauer Pakt in der ČSSR intervenieren würde, sollten die Reformen nicht eingestellt werden. Im Juli habe die CIA die militärischen Vorkehrungen somit folgerichtig interpretiert. Steury suchte die abwartende, nicht aktive Rolle der CIA zu verdeutlichen. „No action“ hieß die Devise der US-Regierung.

Panel 5 widmete sich den Reaktionen auf den „Prager Frühling“ in den baltischen Republiken, in Weißrussland, in der Ukraine und im nördlichen und südlichen Kaukasus. MARK KRAMER (Harvard-University) führte in die Thematik ein und machte vor allem den „spill-over-Effekt“ deutlich. Vor diesem versuchten sich die Verantwortlichen durch verstärkte Beobachtungen (KGB) und Repressionen zu schützen. In der Ukraine war es vor allem Petro Šelest, auch Politbüro-Mitglied in Moskau, der vor den aus seiner Sicht fatalen Folgen der Reformen in der benachbarten Tschechoslowakei eindringlich warnte und angemessene Reaktionen einforderte. MAGNUS ILMJÄRV (Institut für Geschichte der Universität Tallinn) hob hervor, dass oppositionelle Meinungen vor allem in Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen von Studenten in Tallinn und Tartu zum Ausdruck kamen, bei denen antisowje-

tische Parolen hochgehalten wurden und es zu Vandalismus-Akten gekommen war. KRISTINA BURINSKAITE berichtete v.a. von konkreten KGB-Aktionen und Gegenpropaganda, die in Litauen gesetzt wurden, um den Ideen des „Prager Frühlings“ den Nährboden zu nehmen. In den traditionell antisowjetisch eingestellten Bevölkerungsschichten fanden die Ideen der Prager Reformer viel Anklang. Erst zwölf Jahre zuvor war in Litauen die Befreiungsbewegung im Untergrund militärisch endgültig zerschlagen worden. In Weißrussland, so der VJÄČESLAV SELEMEŇEV (Nationalarchiv Minsk) hatte die örtliche KP teilweise Erklärungsnotstand, wie die Ereignisse in der ČSSR der Bevölkerung darzulegen seien. Nicht selten fehlten Parteifunktionären die nötigen Argumente, der Bevölkerung zu erklären, warum der Lebensstandard in der Tschechoslowakei so hoch war, „wo doch der Sozialismus dort noch nicht aufgebaut“ war. Ähnlich war die Lage im Nordkaukasus, wo die örtlichen Funktionäre der Landbevölkerung zu erklären hatten, warum Landwirtschaftstechnik in Länder wie die Tschechoslowakei und Rumänien verschenkt werde, die selbst dringend benötigt wurde. Die Jugend habe zudem stark unter dem Einfluss westlicher Radioübertragungen gestanden. Die Republiken im Südkaukasus waren im Gegensatz zu Ungarn 1956, so JAMIL HASANLI (Aserbaidschanisches Parlament und Universität Baku), besser über die Lage in der ČSSR informiert gewesen. Auf diese Weise erhielt Moskau leichter Zustimmung für seinen Kurs aus den einzelnen Republiken. Unmittelbare Folgen (vor allem der Föderalisierung in der Tschechoslowakei) im Südkaukasus waren Formen offener als auch versteckter Förderungen von Nationalismus vor Ort.

Das vorletzte Panel widmete sich der Rolle Deutschlands und Österreichs im Jahr 1968. Grundlegend dafür waren die einleitenden Beiträge von STEFAN KARNER und HORST MÖLLER (Institut für Zeitgeschichte) München-Berlin. Ersterer skizzierte die Folgen der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ für Österreich. Erwähnt wurden unter anderem Österreichs Rolle als Erst-Asylland für Zehntausende tschechoslowakischer Flüchtlinge, die damit in Zusammenhang stehende „Visaaffäre“, der „Nichtein-

satz“ des österreichischen Bundesheeres und die Folgen des „Prager Frühlings“ für die KPÖ, insbesondere jedoch Österreichs diplomatische Zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion. Außenminister Kurt Waldheim war davon überzeugt, dass die Sowjetunion Österreichs Neutralität wie 1956 wieder respektieren würde und nicht an einer Eskalation der Krise nach der Invasion der Tschechoslowakei interessiert war. Möller analysierte in seinem Vortrag unter anderem die Reaktionen der Parteien der Bundesrepublik Deutschland auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei und deren Bedeutung für die Bundestagswahl des Jahres 1969. SPD und CDU/CSU wussten, dass die Ostpolitik zum Wahlkampfthema werden würde. In diesem Zusammenhang fragte ALEKSEJ FILITOV (Institut für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften Moskau), ob die Bundesrepublik Deutschland, wie von sowjetischer Seite behauptet, hauptverantwortlich für die Unterstützung der Reformkräfte in der Tschechoslowakei und damit wesentlich für das Entstehen des „Prager Frühlings“ war bzw. ob es daraus Auswirkungen auf das neue, auf Entspannung ausgerichtete Verhältnis zwischen Bonn und Moskau gegeben habe.

Im letzten Panel kamen „Zeitzeugen“ zu Wort. Boris Orlov (Moskau) berichtete darüber, wie er die Truppen beim Einmarsch in die ČSSR als Reporter der „Izvestija“ miterlebte. Seine Eindrücke und Erlebnisse korrelierten in keiner Weise mit dem, was er zu schreiben gehabt hätte. Daher entschied sich Orlov zu einem Schritt, der sein ganzes Leben veränderte: er weigerte sich, im Sinne des Kremels Berichte über den Einmarsch in Prag zu verfassen. Dank des persönlichen Einsatzes seines Vorgesetzten verlor Orlov „nur“ seine Arbeit als Journalist. Fritjof Meyer erzählte von seinen persönlichen Erinnerungen an 1968 als Osteuropa-Redakteur des „Spiegel“ und hob die Rolle und Bedeutung der westlichen Medien hervor, die das Thema transportierten. Botschafter a.D. Karl Peterlik erinnerte sich an die stürmischen Tage nach dem Einmarsch an der österreichischen Gesandtschaft in Prag, die sich entgegen der ursprünglichen Anweisung aus Wien nicht daran gehalten hatte, keine Visa mehr auszu-

stellen (später wurde die Anweisung wieder aufgehoben). Der ehemalige Generaldirektor der NEWAG-NIOGAS, Rudolf Gruber, zeigte eindrucksvoll auf, wie schnell die Sowjets nach dem Einmarsch zum Alltag zurückgekehrt waren. Vertragsgemäß drehte Moskau Anfang September 1968 erstmals den Gasahn über Bratislava nach Wien für ein westeuropäisches Land auf.

Am Abend klang die Konferenz im Rathaus der Stadt Graz bei einem Empfang durch den Bürgermeister Siegfried Nagl aus. Konferenzsprachen waren Deutsch, Russisch und Englisch. Die simultanen Übersetzungen besorgten Elena Schmatz und Arno Wonisch.

Konferenzübersicht:

Grußworte

Jiří Gruša (Direktor der Diplomatischen Akademie Wien)

Peter Lizak (Slowakischer Botschafter in Wien)

Jan Koukal (Tschechischer Botschafter in Wien)

Ursula Plassnik (Außenministerin der Republik Österreich)

Einführende Worte der Veranstalter

Stefan Karner (Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung)

Oldřich Tůma (Tschechische Akademie der Wissenschaften)

Natalja Tomilina (Russisches Staatsarchiv für Zeitgeschichte)

Horst Möller (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin)

Viktor Iščenko (Russische Akademie der Wissenschaften)

Markus Meckel (Mitglied des Deutschen Bundestages und Außenminister a. D.)

Aus dem ORF-Archiv

Herbert Hayduck (ORF-Archiv)

TV-Kommentar von Hugo Portisch, Prag 1968

Gerd Bacher (ORF-Generalintendant a. D.):

Der ORF 1968

Festvortrag

Jan Pauer (Universität Bremen): Der „Prager Frühling“

Grußworte

Stefan Karner

Irmtraud Fischer (Vizektorin für Forschung

und Weiterbildung)

Anna Kaminsky (Geschäftsführerin der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur)

Panel 1: Das internationale Krisenjahr 1968 als Wendepunkt?

Vorsitz: Horst Möller (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin)

Günter Bischof (University of New Orleans): „No Action“. Die USA und die Invasion in die Tschechoslowakei

Georges-H. Soutou (Universität Sorbonne, Paris): Paris und der „Prager Frühling“

Ol'ga Pavlenko (Institut für Weltpolitik der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität, Moskau): Die Sowjetunion 1968

Michail Prozumenščikov (Russisches Staatsarchiv für Zeitgeschichte, Moskau): Peking und der „Prager Frühling“

Heikki Larmola (Helsinki): Zum Beginn des KSZE-Prozesses

Panel 2: Der „Prager Frühling“

Vorsitz: Victor Zaslavsky (LUISS, Rom)

Vortrag: Oldřich Tůma (Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften): Die Dubček-Ära

Anschließend Publikumsdiskussion mit:

Tibor Pichler (Institut für Philosophie der Slowakischen Akademie der Wissenschaften),

Manfred Wilke (Institut für Zeitgeschichte, Berlin), Ol'ga Pavlenko, Mark Kramer

(Harvard-University)

Panel 3: Die „Bruderländer“ und Moskau

Vorsitz: Peter Ruggenthaler (Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung)

Vortrag: Manfred Wilke: Der Einfluss der KP-Chefs auf die Moskauer Machtzentrale

Anschließend Publikumsdiskussion mit:

Igor' Bucharkin (eh. Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation),

Paweł Piotrowski (Institut des Nationalen Gedenkens, Wrocław), Iskra Baeva (Kliment-

Ohrid-Universität, Sofia), Csaba Békés (Cold War History Research Center Budapest),

Mihail Ionescu (Institut für politische und militärische Studien, Bukarest), Tvrtko Jakovina,

Hrvoje Klasić (beide Institut für Geschichte der Universität Zagreb)

Grußworte: Martin Vukovich (Österreichischer Botschafter in Moskau)

Dankesworte: Stefan Karner

Panel 4: Die Geheimdienste

Vorsitz: Gerhard Wettig (Institut für Zeitgeschichte, München)

Vorträge: Nikita Petrov (Memorial Moskau): Der „Prager Frühling“ im Visier des KGB
Donald P. Steury (CIA Center for the Study of Intelligence, Washington): Die CIA und die Invasion in die ČSSR

Anschließend Publikumsdiskussion mit:
Rüdiger Wenzke (Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam), Igor Lukes (Boston University), Anatolij Šarkov (Akademie des MVD, Minsk), Vladimir Korotaev (Russisches Staatliches Militärarchiv), Aleksandr Bezborodov (Institut für russische Geschichte der Russischen Staatlichen Geisteswissenschaftlichen Universität, Moskau), Valerij Vartanov (eh. Institut für Militärgeschichte), Thomas Wegener Friis (Universität Odense)

Panel 5: Der „Prager Frühling“ in den Sowjetrepubliken

Vorsitz: Andreas Hilger (Universität Hamburg)

Einführung: Mark Kramer

Anschließend Publikumsdiskussion mit den Autoren:

Magnus Ilmjärv (Institut für Geschichte der Universität Tallinn), Kristina Burinskaitė (Genocide and Resistance Research Center of Lithuania, Vilnius), Vjačeslav Selemenev (Nationalarchiv der Republik Weißrussland), Julija Gogol' (L'viv), Volodymyr Dmitruk (Institut für ukrainische Geschichte der Akademie der Wissenschaften, Kiew), Natal'ja Krjučkova (Institut für Geschichte der Universität Stavropol'), Jamil Hasanli (Institut für Geschichte der Universität Baku, Mitglied des aserbajdschanischen Parlaments)

Panel 6: Die Nachbarländer Österreich und Deutschland 1968

Vorsitz: Günter Bischof

Vorträge: Horst Möller: Die Bundesrepublik Deutschland

Stefan Karner: Die Republik Österreich

Anschließend Publikumsdiskussion mit:
Dieter Bacher, Harald Knoll, Silke Stern (alle Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung), Hubert Speckner (Heeresgeschichtliches Museum, Wien), Aleksej Filitov, Viktor Iščenko (beide Institut für Allgemeine

Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften)

Panel 7: „Zeitzeugen“

Vorsitz: Stefan Karner

in Diskussion mit: Karl Peterlik (1968 an der öst. Gesandtschaft in Prag), Rudolf Gruber (damals GD der NEWAG-NIOGAS), Boris Orlov (1968 Korrespondent der „Izvestija“ in Prag), Fritjof Meyer (ehem. „Spiegel“-Redakteur für Osteuropa)

Tagungsbericht *Der 'Prager Frühling'. Das internationale Krisenjahr 1968.* 20.08.2008–22.08.2008, Wien / Graz, in: H-Soz-Kult 18.10.2008.